

## **Haushaltsrede im Rat der Stadt Alsdorf, 21.05.2026**

**Horst-Dieter Heidenreich**  
**GRÜNE-Fraktion**

*Es gilt das gesprochene Wort!*

(Anrede)

Ich möchte heute nicht noch einmal ausführlich auf die Rahmenbedingungen für die städtische Finanzsituation – verursacht nicht zuletzt durch die unzureichende Ausstattung aller Gemeinden durch Bund und Länder eingehen, das haben wir alle immer wieder in den letzten Jahren gemacht. Immerhin hat der Altschuldenerlass-Regelung der schwarz-grünen Landesregierung für eine gewisse Erleichterung gesorgt. Insgesamt ist das aber noch viel zu wenig, insbesondere was die Unterstützung der Kommunen durch die Bundesregierung anbetrifft. Angesichts der immer mehr fortschreitenden Belastungen, vor allem im sozialen Bereich, sind nachhaltige Entlastungen dringend notwendig!

Aber nun zum Haushaltsentwurf 2026/2027. Wieder einmal liegt uns (wie 2024/2025) ein Doppelhaushalt für zwei Jahre vor, obwohl unsere finanziellen Zukunftsaussichten eigentlich nicht so sind, dass man sich auf so lange Zeit festlegen könnte. Die Regel sieht vor, dass ein städtischer Haushalt jährlich zu

beschließen ist. Ich hoffe, wir kommen bald wieder zu diesem „Normalzustand“.

Jetzt zum Inhaltlichen:

Zunächst möchte ich der Verwaltung, hier vor allem unserem Kämmerer und seinen Mitarbeiter\*innen, den Dank der GRÜNEN-Fraktion für die wie immer kompetente Arbeit aussprechen.

Gleichwohl sind diese Vorbereitungen für den Rat zum Teil, gerade auch bei den Investitionen, ein Spiegelbild der Politik der Ratsmehrheit, zumindest bis zur letztjährigen Kommunalwahl.

Wir GRÜNEN hatten immer wieder betont, dass sich als größte Herausforderung für Alsdorf die künftige Stadtentwicklung vor dem Hintergrund der Herausforderungen durch den Klimawandel sehen. Die neuen Wohnbaugebiete in unserer dicht besiedelten Stadt führten und führen zu immer mehr Flächenversiegelung und zum weiteren Verlust von Grünflächen. Außerdem gibt es die bekannten klimabedingten Negativauswirkungen, sowohl durch zunehmende Aufheizung unserer Wohnquartiere als auch durch wachsende Gefahren durch Starkregenereignisse.

Frischlufschneisen werden zugebaut und abendliche Abkühlung erschwert. Zusätzlich versiegelte Gebiete machen

weitere Maßnahmen gegen zunehmende Extremwetterereignisse nötig: anstatt die Wassermassen im Boden versickern zu können, werden z.B. weitere Regenrückhaltebecken erforderlich.

Das Handlungsfeld „Klimaschutz und Klimafolgenanpassung“, was nach unserer Auffassung als wichtige Querschnittsaufgabe im Haushalt stehen sollte, ist auch weiterhin nur ein Unterpunkt der Haushaltssystematik. Leider finden sich auch keine konkreten Maßnahmen für z.B. zum Hitzeschutz oder konkrete Entsiegelungsmaßnahmen, auch im Zusammenhang mit der nach wie vor regen Bautätigkeit. Die Umsetzung der KlimaAnpassungsStrategie (KLAS) für unsere Stadt befindet sich nach meinem Empfinden in einer Art „Dornröschenschlaf“. Deshalb haben wir unter Punkt 2 unserer Antragsliste den Antrag auf zunächst bescheidene 50.000 Euro für Klimaanpassungsmaßnahmen gestellt.

Bis 2028 sind alle kleineren und mittleren Städte und Gemeinden verpflichtet, eine nachhaltige Wärmeplanung zu erarbeiten, um weg von der fossilen Heizung hin zu Nah- und Fernwärmenetzen und individuellen Lösungen auf der Basis von erneuerbaren Energien zu kommen. Alsdorf sollte im nächsten Jahrzehnt so klimaneutral wie möglich werden. Um dieses Ziel zu erreichen, fehlen uns im Haushaltsentwurf 26/27 für diese Jahre die Haushaltsansätze. Wir schlagen daher unter

Punkt 3 unseres Antrags für die Wärmeplanungsmittel von jeweils 20.000 Euro vor, außerdem 40.000 Euro für die weitere Finanzplanung. Aber nicht nur Planungsmittel sind dafür nötig, sondern auch noch mehr kommunales Engagement bei der Umgestaltung der Wärmeversorgung in den eigenen städtischen Gebäuden. Seit Jahren kritisieren wir, dass in bestehenden Gebäuden immer mal wieder ältere Gasheizungen erneuert wurden anstatt einen Schnitt zu machen und verstärkt auf Solar in Kombination mit Wärmepumpen zu setzen – was auf Dauer ökologisch wie wirtschaftlich sinnvoller ist. Ich hoffe, dass Ratsmehrheit und Verwaltung hier nicht auf Bundeswirtschaftsministerin „Gas-Kathi“ Reiche setzen, die die ökologische Wärmewende durch heimische Energiequellen sabotieren und neue wirtschaftliche Abhängigkeiten von klimaschädlichen Energiequellen aus anderen Staaten wieder verstärken will.

Auch die Verkehrssituation bleibt ein wichtiges Thema für uns, sowohl mit Blick auf unsere Innenstadt als auch auf die gesamtstädtische Entwicklung. Deshalb wollen wir – Punkt 4 unserer Antragsliste - für die weitere Entwicklung unseres städtischen Mobilitätskonzeptes jeweils 50.000 Euro veranschlagen.

Seit Jahren fordern wir z.B. eine verkehrsberuhigte Bahnhofstraße, für die bald eine Lösung gefunden werden muss – unabhängig von der weiteren Entwicklung des Bereichs

um den heutigen Zentralparkplatz auf dem Anna-Gelände. als verkehrsberuhigte Zone im Mittelpunkt der Entwicklung steht. Mehr Aufenthaltsqualität, mehr Grünbereiche und auch neue gastronomische Angebote wie Cafés und Restaurants als Anker für die weitere Entwicklung sind uns wichtig.

Für alle genannten Haushaltsänderungsanträgen haben wir Deckungsvorschläge eingebracht.

Nun noch zu Punkt 1 unseres Antragspaketes:

Wir halten es für unsere Einwohnerschaft für unzumutbar, erneut an der Grundsteuerschraube zu drehen. Vor gut zwei Jahren lagen wir bei 695%-Punkten, mit dem Doppelhaushalt 2024/25 stieg dieser Hebesatz schon 200 Punkte höher, kurze Zeit später dann auf 1018 Punkte. Und jetzt – nach der neuesten Fassung des Haushaltsentwurfes sollen es bereits über 1200 Punkte werden. Damit wäre Alsdorf weiter ganz vorne unter den TOP Ten der höchsten Hebesätze in NRW! 2025 belegte Alsdorf bereits den unrühmlichen Platz 4 in dieser Liste.

Wir lehnen deshalb die Grundsteuer-B-Erhöhung ab! Was ist unsere Alternative?

Nachdem die Gewerbesteuer zuletzt im Jahr 2013 erhöht worden ist, sind wir der Meinung, dass auch diese, dreizehn Jahre später, noch einmal angepasst werden sollte, um auch

von den Privatfirmen einen gewissen höheren Obolus einzufordern und damit für mehr Gerechtigkeit unter den jeweiligen Steuersektoren und den Betroffenen zu sorgen.

Unser Vorschlag: Eine Erhöhung von 495 auf 599%-Punkte. Mit dem Ausbau der Euregiobahn, guter Autobahnanbindung und modernen Gewerbegebieten haben Alsdorf und die Region viel für die Infrastruktur und die Betriebe getan, sie profitieren davon. Wir finden: Wer profitiert, kann sich auch an den Ausgaben stärker beteiligen.

Auch wenn diese Erhöhung mögliche Auswirkungen auf die Schlüsselzuweisungen im kommenden Jahr hat, sind wir der Meinung, dass dies vertretbar ist, da deren genaue Höhe zum jetzigen Zeitpunkt nicht zu beziffern ist und erst durch das Gemeindefinanzierungsgesetz GFG fürs nächste Jahr endgültig festgelegt wird.

Gerne können die Auswirkungen der heutigen Beschlüsse zu unseren kommunalen Steuern im nächsten Jahr auf den Prüfstand gestellt werden!

Im Interesse der Grundbesitzer, insbesondere aber auch der vielen Mieterinnen und Mieter, die ständig mehr an Nebenkosten zu ihrer oft ohnehin schon teureren Miete zahlen müssen, sollten wir auf die Grundsteuer-B-Erhöhung verzichten.

Es gäbe noch einige weitere Dinge, die ich hier ansprechen könnte, möchte es aber erst einmal dabei belassen.

Die kurzfristig eingereichten gemeinsamen Haushaltsanträge der SPD, FBA und CDU bitte ich, einzeln abzustimmen, da wir bestimmte Anträge unterstützen, andere aber ablehnen möchten.

Insbesondere den Antrag, nach nur einem halben Jahr den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Mobilität wieder abschaffen und mit dem Ausschuss für Bau und Stadtentwicklung wieder zusammenlegen. Das passt in das Bild, dass die großen Herausforderungen der Zukunft (Klima, Umwelt und Verkehrswende) weiterhin ein Schattendasein in dieser Stadt führen sollen. Die kolportierten Einsparungen durch weniger Ausschüsse sind bei weitem nicht so gravierend wie behauptet. Während die Stadtverordneten keine zusätzlichen Sitzungsgelder erhalten, sind lediglich weitere Aufwandsentschädigungen für einige Sachkundige Ausschussmitglieder fällig. Und uns kann keiner erzählen, dass es einen Unterschied macht, ob Punkte in einem wieder aufgeblähten Ausschuss für Stadtentwicklung vorbereitet und beschlossen werden oder in zwei Ausschüssen wie bisher – zuständig ist letztlich das selbe Technische Dezernat! Zudem ist davon auszugehen, dass der wieder aufgeblähte Ausschuss für Stadtentwicklung dann öfter tagen muss als bisher (oder aber eine hinreichende Diskussion zu wichtigen Punkten nicht mehr möglich ist).